Die Liberalisierung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Gruppe der Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen Staaten (AKP-Staaten) bildet den Kern des am 23. Juni 2000 in Cotonou unterzeichneten neuen EU-AKP-Partnerschaftsabkommens. Im Mittelpunkt des Cotonou-Abkommens steht die Aushandlung sog. "Wirtschaftspartnerschaftsabkommen" (Economic Partnership Agreements, kurz EPAs) zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten, die ab September 2002 beginnen und bis spätestens Januar 2008 abgeschlossen sein soll. Im Frühjahr 2002 werden die AKP-Staaten über die Zusammensetzung der Regionalgruppen entscheiden, die mit der EU Verhandlungen über neue Handelsabkommen führen werden. Die Formulierung der Verhandlungsmandate, so der bisherige Zeitplan, wird auf beiden Seiten im Sommer 2002 abgeschlossen sein.

Die AKP-Staaten sind in der Weltwirtschaft weitgehend marginalisiert. Dies haben auch 25 Jahre Kooperation zwischen der EU und den

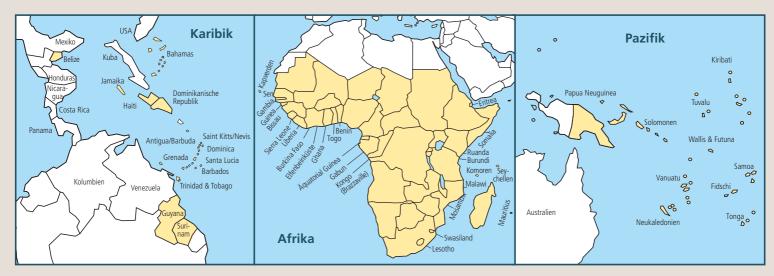
Die AKP-Staaten sind in der Weltwirtschaft weitgehend marginalisiert. Dies haben auch 25 Jahre Kooperation zwischen der EU und den AKP-Staaten im Rahmen der Lomé-Verträge nicht ändern können. Das Scheitern einer "Entwicklungsrunde" der Welthandelsorganisation in Doha im Interesse der Entwicklungsländer verdeutlicht eine Krise der Globalisierung. Wir nehmen dies zum Anlass, die Strategien und Ziele europäischer Handelspolitik gegenüber den AKP-Staaten in ihrer Gesamtheit einer kritischen Betrachtung zu unterziehen und

grundlegende politische Tendenzen zu betrachten. In der "heißen politischen Phase" vor Beginn der Verhandlungen zwischen EU und AKP möchten wir einerseits eine breite Debatte über die zukünftige Ausrichtung der europäischen Handelspolitik im regionalen Kontext führen und andererseits klare politische Erwartungen und Anforderungen an die politischen Akteure in Berlin und Brüssel formulieren. Zudem möchten wir eine möglichst breite Öffentlichkeit für die Diskussion ökologischer und sozialer Folgen von Freihandelsabkommen gewinnen.

Was muss getan werden, um die Beziehungen der EU und der AKP-Staaten am Leitbild einer gerechten und nachhaltigen Partnerschaft auszurichten? Welche Politik sollten Bundesregierung und Europäische Kommission, Parlamente und internationale Organisationen verfolgen, damit die zukünftigen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger gestaltet werden? Und wie kann die Zivilgesellschaft in Süd und Nord ihre im Cotonou-Abkommen gestärkte Position in proaktive Mitwirkung an der Gestaltung zukünftiger Politiken umsetzen? Diese Fragen sollen gemeinsam mit Gästen im Rahmen unserer internationalen Konferenz erörtert werden.

Peter Eisenblätter, terre des hommes Klaus Schilder, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung Volker Vinnai, Friedrich-Ebert-Stiftung

AKP-Staaten



Konferenzorganisation:

Dr. Klaus Schilder, WEED Dr. Volker Vinnai, FES

Konferenzsekretariat:

Friedrich-Ebert-Stiftung Roswitha Kiewitt Hiroshimastr. 17 10785 Berlin Tel.: 030-26 935-914

Tel.: 030-26 935-914 Fax: 030-26 935-959

e-mail: roswitha.kiewitt@fes.de

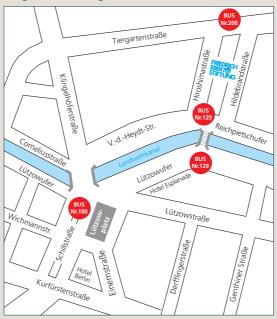
Für sonstige Rückfragen:

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung Bertha-von Suttner-Platz 13 D-53111 Bonn

Tel.: (0228) 766 13 13 Fax: (0228) 696 470

e-mail: klaus.schilder@weedbonn.org http://www.weedbonn.org/eu

Wegbeschreibung



Veranstaltungsort:

Friedrich-Ebert-Stiftung Hiroshimastraße 17 D-10785 Berlin-Tiergarten

Fahrverbindungen:

Bus 100 bis Haltestelle Lützowplatz Bus 129 bis Haltestelle Hiroshimasteg Bus 200 bis Haltestelle Hildebrandstr. Vom Flughafen Tegel Buslinie 109 oder X9 bis Bahnhof Zoo, dann Bus 200 oder 100

Parkmöglichkeiten stehen leider nicht zur Verfügung.

Das Abkommen von Cotonou – Neue Perspektive für die europäische Handelspolitik?

Internationale Konferenz zur Vorbereitung der Verhandlungen zwischen EU und AKP-Staaten über regionale Wirtschaftsabkommen

7.-8. März 2002, Berlin









9:30 h Begrüßung und Einführung

Werner Puschra, Friedrich-Ebert-Stiftung

10:00 h I. Wer profitiert vom Freihandel? -

Ökologische und soziale Auswirkungen von regionalen Handels- und Investitionsabkommen

Grundsätzliche Auswirkungen von Handelsliberalisierungspolitiken

Klaus Schilder, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung

Fallbeispiel 1:

Regionale Integration und Liberalisierung –

Das Freihandelsabkommen mit Südafrika und die Zukunft der SADC

Dot Keet, Centre for Southern African Studies, Kapstadt

Regionale Kooperation und die Situation der ärmsten Länder (LDCs) in der Karibik

Lingston Cumberbatch, Vorsitzender ECDPM, Maastricht und freier Berater, Brüssel

11:15 h Kaffeepause

11:30 h Fallbeispiel 3:

Was dürfen die neuen Akteure? – Partizipation der Zivilgesellschaft im Cotonou-Prozess

Bibiane Mbaye Gahamanyi, Environnement et Developpement du Tiers Monde, Dakar

anschließend Rückfragen und Diskussion

Moderation: Peter Eisenblätter, terre des hommes

12:30 h Mittagspause

13:30 h II. Folgerungen für eine faire und nachhaltige EU-AKP-Handelskooperation

Arbeitsgruppe Handelspolitik

To sign or not to sign? EPAs und alternative Optionen für die Verhandlungen zwischen EU und AKP

Impuls: Moses Tekere, Trade and Development Studies Centre, Harare

Moderation: Axel Schmidt, Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsgruppe Investitionen

Das MAI durch die Hintertür? – Investitionsliberalisierung in regionalen Freihandelsabkommen

Impuls: Sabina Voogd, Centre for Research on Multinational Corporations, Amsterdam

Moderation: Mirjam van Reisen, Networc, Brüssel

Arbeitsgruppe Partizipation der Zivilgesellschaft

Handlungsoptionen der AKP- und EU- Zivilgesellschaft

Impuls: Simon Stocker, Eurostep, Brüssel Moderation: Geert Laporte, ECDPM, Maastricht

15:00 h Kaffeepause

15:30 h Fortsetzung der Arbeitsgruppen

17:00 h Imbiss

18:00 h Podiumsdiskussion:

Europäische Handelspolitik nach Doha verstärkt regional?

Initiativen für eine gerechte und nachhaltige Partnerschaft mit dem Süden

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

Jean-Robert Goulongana, Generalsekretär der Gruppe der AKP-Staaten, Brüssel

Karl Friedrich Falkenberg, Europäische Kommission, Director Generaldirektion Handel

Tetteh Hormeku, Third World Network Ghana & ACP Civil Society Focal Point West Africa

Christopher Stevens, Institute for Development Studies, Sussex

Moderation: Christiane Grefe, Die Zeit

Freitag, 8. März 2002

9:30 h *Politikdialog:*

Einführung und Moderation: Christiane Kesper, Friedrich-Ebert-Stiftung

Am Vorabend der EU-AKP-Verhandlungen – Politische Anforderungen an künftige Handels- und Wirtschaftsabkommen

Impulsstatements:

Rapporteur Arbeitsgruppe Handelspolitik

Paul Goodison, European Research Office, Brüssel

Rapporteur Arbeitsgruppe Investitionen

Jens Martens, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung Rapporteur Arbeitsgruppe Partizipation der Zivilgesellschaft

Bibiane Mbaye Gahamanyi, Environnement et Developpement du Tiers Monde, Dakar

11:00 h Kaffeepause

11:15 h Stellungnahmen:

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Georg von Koppenfels, Referatsleiter 411 (Globalisierung, Handel und Investitionen)*

Europäische Kommission

Karl Friedrich Falkenberg, Direktor Generaldirektion Handel

Europäisches Parlament

N.N., Mitglied des Europäischen Parlaments*

12:30 h Imbiss * - angefragt